

Bezugspreise.
Für Halle monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post monatlich
1,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark,
einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
ausfalligen, Zeitungsverzeichnis unter
Einschl. der Zeitungsverträge, für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der „Zaule-Zeitung“ ge-
stattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Zaule-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Milli-meterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle n. s. m. 1140,
Halle, an. Erhalten täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Geschäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 14. Fr. Druckerei: 17.
Halle. Geschäftsstellen: Große
Ulrichstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 357.

Halle, Mittwoch, den 3. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Der Markrückgang.

Der Preis klettert. Die Butter wird teurer. Ebenfalls ein ganz Reihe der notwendigen Lebensmittel. Der Verbrauch der mit gleichbleibenden Einnahmen auskommen muß, führt zu einer unangenehmen Ueberfrachtung in die andere. Stellt man den Verkäufer zur Rede, so zuckt er die Achseln. „Die Markt sinkt.“ Warum wieder? Weil wir zwei Auslandsdevisen brauchen. Wozu dies? Zu fopperigem Zwecke. Einmal, um die Wiedergutmachungsleistungen des letzten Ultimatus zu bezahlen. Sodann, um Auslandswaren zu kaufen, teils notwendige Lebensmittel, teils Luxusgegenstände. All das nagt und zehrt an unserer ohnehin zu schwach gewordenen Baluta. Was die Reparation anbetrifft: Als die Reichsbank den Abschluß des ersten holländischen Kreditbesatzung, teilte sie offiziell mit, daß durch diesen Kredit der Devisenbedarf für die erste am 31. August fällige Wiedergutmachungsrate gedeckt sei. Und doch der fürchterliche Rückgang? Auf dem Devisenmarkt liegen keine anderen Momente vor, die einen solchen Sturz erklärlich erscheinen lassen. Vielmehr begann die Aufwärtsbewegung des deutschen Marktes genau mit dem Zeitpunkt, in dem die großen Käufe von Dollar, Pfund und anderer Auslandsdollarung einsetzten. Der holländische Kredit hat kein Stöden auf der hiesigen Ebene bewirkt. Also werden heimlich unter der Hand immer noch Devisen für Reparationszahlungen gekauft? Warum macht die Regierung aus der Tragödie ein beinahe optimistisch angelegtes Spiel? „Geldlos läßt sich nicht!“ Es sieht ja beinahe so aus, als seien wir gar nicht verzweifeln. Aber der nächste Blick auf das Weltmarktwirtschafts- und die Ernüchterung. Auch bezüglich des Devisenbedarfs für Wiedergutmachung sieht die Regierung viel zu rosig in die nächste Zukunft. Kürzlich hörte man vom Abschluß eines Getreidefinanzierungsvertrages mit einer Gruppe englischer Banken. Ganz neuerdings werden weitere Kreditmöglichkeiten genannt, nämlich die Hilfe einer großen amerikanischen Bankgruppe, wobei W. M. Warburg & Co. in Hamburg vermittelt hat. Ferner Verträge mit einem holländischen Haus über 20 Millionen Gulden und mit einer holländischen Bank über 20 Millionen holländische Kronen. Da der Bedarf an Auslandsgeld für die ersten Monate des neuen Wirtschaftsjahres angeht, „so gut wie gedeckt“ ist und alle diese Kreditverträge eine „Anspruchnahme des Devisenmarktes für Getreidekäufe“ verhindern sollen, möchte man annehmen, daß es der armen kranken Reichsmark wieder gut und immer besser geht. Aber das traurigste Gegenteil ist der Fall. Es bleibt also nur übrig, nach anderen Gründen für das erschreckende Sinken der Mark zu suchen. Da scheint es vor allem die Schwerindustrie und die von ihr abhängige verarbeitende Industrie zu sein, die ihre Rohstoffe und ihre Halbfabrikate aus dem Ausland beziehen und in den Monaten vor dem Ultimatum ungeheure Vorräte befehlt hat, die jetzt mit Devisen bezahlt werden müssen. Besonders die Textilindustrie ist es, die bei ihrem so erfreulichen Wiederaufblühen doch aber gewaltige Mengen vom Ausland kaufen muß. Das wäre alles nicht so schlimm, wenn sich nicht in letzter Zeit der Absatz der deutschen Industrie und damit zusammenhängend die Produktion von Devisen verringert hätte. Die Ausfuhr von Waren ist eben zurückgegangen. Aus zwei Gründen. Erstens durch die Abgaben, die die Entente in Ausübung der Sanktionen den deutschen Ausfuhrwaren wie ein Bleigewicht angehängt hat. Zweitens durch die Angleichung der deutschen Preise an die Weltmarktpreise. Stellenweise ist der Weltmarktpreis ja bereits überboten. Wo bleibt da der Anreiz zur Ausfuhr? Je weniger ausgeführt wird, desto weniger Devisen kommen in deutsche Hand. Und je mehr ausgeführt wird, desto paßloser wird unsere Zahlungsbilanz. Es wird aber seit einigen Monaten wieder ganz unverständlich viel eingeführt durch das neue, oder vielmehr schon gar nicht mehr neue Loch im Weiden, das durch die Sanktionen entstanden ist. Dr. Richter, unser Staatssekretär Dr. Hirsch haben in ihren Reden vor dem Reichswirtschaftsrat diese furchtbare Wunde zwar be- rührt, aber nur in schmerzstillenden Mitteln genannt: Die Kontingenzierung der französischen Luxuseinfuhr. Es gibt jedoch ein Heilmittel, das die sofortige Aufhebung der Sanktionen gemäß den von Lloyd George verprochenen Fair play. Die Sanktionen haben unsere Ausfuhr verzerrt, auf dem neuen Weltmarkt sind in erster Linie die Sanktionen schuld. Diese Wahrheit herauszusagen und den uneingeschränkten gerade im jetzigen Augenblick des Oberschlesien-Konflikts als neue Aufgabe vor die Füße zu werfen, wäre eine gewiß nicht unumsetzbare Aufgabe der deutschen Diplo- matie.

Die Tagung des Obersten Rates.

Br i a n d hat die Einladungen an die verschiedenen Mächte, die im Obersten Rat vertreten sind, zu dessen Sitzung am 8. August heute noch nicht verstanden. Er wartet noch die Festlegung der Tagesordnung ab, um zu wissen, welche Mächte zu der Beratung mit den vier Großmächten zu berufen sind. Inzwischen legt die interalliierte Sachverständigkeitskommission im geheimen die Prüfung des ober-schlesischen Problems fort. Sie dürfte nahebei die verschiedenen Teilungsprojekte, nämlich die von Percival, de Marina, Le Rond, Korzant und Sforza betonen. Die italienischen Vertreter haben bezüglich des letzteren Planes wissen lassen, daß er eine sehr ernste Grundlage für die Debatte abgeben könne, ohne jedoch die italienische Delegation zu binden. Die französischen Vertreter haben ihren Standpunkt noch nicht bekanntgegeben.

Der „gemeinsame Schritt“ noch nicht erfolgt.

Der als Grundlage des englisch-französischen Kompromisses angelegte gemeinsame Schritt der drei ober-schlesischen Regierungen bei der deutschen Regierung war bis gestern noch nicht erfolgt. Der Grund für diese Verzögerung ist nach dem Petit Parisien die Abwesenheit des aus Rom noch nicht zurückgekehrten italienischen Botschafters Fra- sari. Der italienische Gesandte trägt keine seiner Instruktionen bis zum Montag abend noch keine Instruktionen erhalten. Auch die Instruktionen des englischen Botschafters Lord d'Abvernon scheinen noch unvollständig zu sein.

Ein deutscher Appell an Harding.

Gestern abend sprach in Frankfurt a. M. in einer vom Verband heimattreuer Oberschlesier einberufenen Versammlung die junge Amerikanerin Miss May Beveridge zugunsten der ober-schlesischen Flüchtlinge. Die Rednerin schilderte in ausführlicher Weise die von den Franzosen gebudeten polnischen Exzesse. Sie wies an Hand reichen Tatsachensmaterials nach, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland bleiben muß und forderte, daß Amerika die Vergegenwärtigung der Deutschen durch Franzosen und Polen in Oberschlesien verbiete. Miss Beveridge richtete einen Appell an die Menschlichkeit gegen den polnischen Terror und einen Ruf an alle Deutschen um Hilfe für Oberschlesien. Wie Miss Beveridge weiter mitteilte, hat sich in Holland ein Komitee gebildet zur Gründung eines internationalen Bundes gegen die Besetzung des Rheinlandes durch farbige Franzosen. Die Versammlung beschloß darauf die Absendung folgenden Telegramms an Präsident Harding: Bei einer Waffenverklärung in Frankfurt am Main wurde beschloßen Ew. Excellenz zu bitten, einzugreifen, daß die ober-schlesische Sache gerecht entschieden werde. Sollten Orientierungen durch Oberschlesien geschickt werden, so bitten wir die amerikanische Regierung, auch amerikanische Truppen zu entsenden. Zum Schluß nahm die Versammlung eine Entschließung im Sinne der von der Rednerin ausgeführten Darlegung an.

Die ober-schlesischen Grenzberatungen.

Vertinag berichtet über die Verhandlungen des Sachverständigkeitsausschusses, der die Aufgabe hat, die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien zu beraten. Die Sachverständigen erörterten den Text des Vertrages und prüften die Arbeit derer, die sich vorher mit der Frage befaßt haben, das heißt den ersten englisch-italienischen Vorschlag von General de Marini und Oberst Percival, der von dem Gedanken ausgeht, daß die Industriezone nicht geteilt werden könne, ferner die Vorschläge Korzants und Le Ronds. Diese wolle den vorgezeichneten Grundabzug zugunsten Polens anwenden. Endlich den Vorschlag Sforzas, der zwei Lösungen vorschlägt, eine, die die Einheit des Gebietes vorschlägt, und die andere, die den größten Teil Oberschlesiens den Deutschen zu überlassen will. Die Sachverständigen gelangten nicht zu einer Einigung. Am Sonnabend machten die englischen Sachverständigen einen Grenzentscheid, der wenig verschieden von dem englisch-italienischen Vorschlag sei und zu den Besten Polens und Pilsch Teile der Kreise Kattow, Lublitz und Wolsberg den Polen zu überlassen wolle. Man sei aber zu dem Vorschlag Sforzas zurückgekehrt, der doch am günstigsten sei. Gestern unterbreiteten die französischen Sachverständigen Vorschläge, die sich wenig von denen Sforzas unterscheiden. Die englischen Sachverständigen sind von dem gegenwärtigen Minister des Auswärtigen ermächtigt worden, sich nicht durch die Dokumente für gebunden zu halten, die der frühere Minister des Auswärtigen offiziell unterbreitet hat.

Oberschlesien und das Schicksal des Kabinetts Wirth.

Die Neue Hamburger Zeitung veröffentlicht eine Zuschrift von führender parlamentarischer Seite, worin zu der Frage eines Kabinetts Wirth Stellung genommen wird. Unter Berufung auf die bekannten Aeußerungen des Reichsanwalters Dr. Wirth und des Reichsjustizministers Dr. Schiffer stellt die Zuschrift fest, daß sich das Ministerium vollständig für über die Notwendigkeit seines Rücktritts sei, falls es in der ober-schlesischen und in der Angelegenheit der „Sanktionen“ keinen Erfolg erzielt. Es wird hinzugefügt, daß das Parlament teile in seiner übergebenen Mehrheit den Standpunkt der Regierung und werde nichts tun, um die Konsequenzen hinauszuschieben, die die Regierung selbst zu ziehen entschlossen sei.

Wichtig ist es dann: Von der Entscheidung über Oberschlesien und über die Sanktionen hängt also das Schicksal des Kabinetts Wirth, das Schicksal Deutschlands und darüber hinaus das Schicksal eines großen Teiles der Welt ab. Diese Entscheidung würde ihre vernichtende Wirkung aber nicht bloß dann ausüben, wenn sie zugunsten Deutschlands und der Gerechtigkeit erginge, sondern auch dann, wenn sie ganz oder zu einem wesentlichen Teil hinausgezögert würde. Eine weitere Verschleppung, sei es durch eine Verhinderung der Konferenz, sei es auch durch eine internationale Verwaltung des Industriegebietes unter Ausübung der endgültigen Zuteilung, wäre ebenso unerträglich, wie eine positive un- günstige Entscheidung.

Englands Versprechungen.

Am 26. Juli dementierte Reuters die Behauptung, daß Lloyd George mit Stresemann direkt über die ober-schlesische Frage verhandelt habe. Jetzt veröffentlicht, nach einer Meldung der „B. A.“ der Manchester Guardian folgendes Frage- und Antwortspiel aus der Zeit, bevor das Kabinet Wirth sich konstituierte. Damals fragte Stresemann, der selbst die Regierung bilden wollte, durch Vermittlung der britischen Botschaft in Berlin die englische Regierung: „Wird die Annahme der alliierten Bedingungen durch Deutschland die Aufhebung der im März nach der Londoner Konferenz auferlegten Sanktionen herbeiführen?“ Er erhielt folgende Antwort: „Die am 8. März auferlegten Sanktionen, darunter die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und die Erhöhung der Rheingrenzlinie, müßten nach Ansicht der Regierung Seine Majestät abgehehrt werden, falls die alliierten Forderungen angenommen werden. Die Ansicht der Regierung Seine Majestät über diesen Punkt ist der französischen Regierung mitgeteilt worden.“

Stresemann fragte weiter: „Kann die Regierung Seine Majestät eine Zusicherung geben, daß sie keine andere Lösung der ober-schlesischen Frage gestattet will als die, die dem Bericht des britischen Vertreters in der Ableitungscommission entsprechen würde?“

Die englische Antwort auf diese Anfrage lautete: „Die deutsche Regierung darf darauf vertrauen, daß die Regierung Seine Majestät gesienende Rücksicht auf die wichtigen deutschen Interessen nehmen wird. Obwohl es nicht möglich ist, ohne vorherige Beratung mit Großbritanniens Alliierten, eine Zusicherung in dem gewünschten Sinne zu geben, darf die deutsche Regierung versichert sein, daß die Regierung Seine Majestät auf eine gerechte Lösung auf der Basis einer streng unparteiischen Erfüllung des Vertrages von Versailles drängen wird.“

Man wird also nach der Veröffentlichung dieses Wortlauts den Sinn und die Bedeutung des Reuterschen Dementi etwas einschränken müssen. Offenbar hat sich das offizielle Sprachrohr der britischen Regierung an die wichtige Tatsache halten wollen, daß Lloyd George den Text der Antwort-Telegramme nicht selbst geschrieben, sondern vermutlich nur diktiert hat, und daß der Premierminister also nicht „direkt“, sondern durch Vermittlung eines Untergeordneten mit Herrn Stresemann verhandelt hat. Insofern darf die Reutersche Feststellung als Dokument ebenso großes Interesse beanspruchen wie der Telegrammwechsel, an dem hier nach alten Diplomatentelegrammen wird.

Die Abrüstungskonferenz.

„Daily Chronicle“ hebt die dringende Notwendigkeit einer baldigen pazifischen Konferenz hervor. Der diplomatische Berichtsführer des Blattes schreibt, daß die Vorschläge zur Herbeiführung der Abrüstungskonferenz, welche ein Stillstand eingetreten zu sein, da Schwierigkeiten wegen der Fragen der pazifischen Konferenz und wegen der sogenannten Vorbesprechungen entstanden seien. In amtlichen britischen Kreisen urteile man über die beiden Fragen vollkommen verschieden. Während sich die Abrüstungskonferenz hauptsächlich mit den militärischen Rüstungen befassen soll, seien verschiedene Kreise der Ansicht, daß sie untrennbar mit den politischen Problemen hauptsächlich Europas und des fernsten Ostens zusammenhängen. Aber hat die pazifische Konferenz hauptsächlich die Abrüstungsfrage und mittelbar das Bündnis mit Japan zum Gegenstand? Die Mitglieder des britischen Kabinetts waren befreit, sofort Beratungen mit den Vereinigten Staaten und mit Japan zu führen, bevor der Premierminister der Dominions die Heimreise antreten, wogegen Lloyd George, Walsingham und Wainwright bereit seien, sich sofort nach einem geeigneten Ort in den Vereinigten Staaten zu begeben, wenn es den Vereinigten Staaten und Japan genehm wäre.

„Daily Chronicle“ zufolge ist man in Konferenzkreisen der Ansicht, daß ein Uebereinkommen erzielt wird, das es ermöglicht, eine baldige Zusammenkunft mit den führenden Staatsmännern des britischen Reiches, der Vereinigten Staaten und Japans abzusuchen.

„Morning Post“ meldet dagegen, die amerikanische Regierung trete nur für eine einzige Konferenz ein, die sowohl die pazifische als auch die Abrüstungsfrage umfasse. Die Konferenz findet, wie die amerikanische Regierung entschieden hat, in Washington und irgendwo anders statt. Außerdem wird Amerika nur die Nationen einladen, die mit den Vereinigten Staaten diplomatische Beziehungen unterhalten. Das wären beispielsweise England (das auch der Premierminister vertreten wird), Frankreich, Italien, Japan und China.

Neue kommunistische Treuhänder.

Wie dem „Vorwärts“ mitgeteilt wird, ist die Untersuchungskommission der Berliner Arbeiterkammer, die den Zweck hat, die wegen ihrer politischen Ueberzeugung verfolgten Inhaftierten sowie deren Angehörige zu unterstützen, von den beiden kommunistischen Treuhändern Paul Eckert und Karl Sagen um 345 000 Mark bescholten worden. Die beiden haben im November n. J. die Summe von dem Reichshof der Untersuchungskommission abgehoben und sind damit verschwunden. Die als Kassierer und Kassierinnen tätigen Kommunisten der Kommission wußten durch einen eigenen Kassierbericht die Veruntreuung bisher zu verbergen. Erst dem vom Reichshof der Kommission neu gewählten Reichsbetriebsratigen Emil Barth erlangte es, die riesenhafte Unternehmung zu entdecken.

Aus Sowjet-Rußland.

Für die Auswanderung von Arbeitern, besonders von Facharbeitern, nach Sowjetrußland wird noch immer Propaganda gemacht. Jeder ist es auch noch häufig von Erfolg begleitet. Was heute der Arbeiter in Rußland erwartet, das schilbert ein Arbeiter, der von Bremen aus nach dem Sowjetlande ausgewandert war, in der 'Bremser Wochenschrift'. Er sagt: 'Es kann nur einer Ausreise nach Rußland nicht dringender 'Weg gewahrt werden, da die dortigen Verhältnisse jeden Menschen ins Glück führen. Ich erhielt als schaffende Person an Lebensmitteln pro Monat: 28 Pfd. Roggenmehl, 4 Pfd. Heringe, 1/2 Pfd. Zucker, 1/2 Pfd. Del, 2 1/2 Pfd. Caviar, 1 Pfd. Tabak, 650 Zigarettenfüllen. Weiterhin ist pro Stunden 7800 Rubel, davon Abzug 350 Rubel für Mietübertrag, 180 Rubel für Mittagessen, bestehend in Tee, Salz und 1/2 Gr. Brot, so daß nur ein kleiner Rest übrig bleibt. Es wurde mir eine Wohnung, bestehend aus einem Zimmer, in einer verwahrlohten und beschmutzten Holzbaracke angewiesen, die dem ärmlichen deutschen Proletariat einen Ciel aufsteigen lassen würde. Mühsal wurden zwar verpackt, aber nicht geliefert. Die Frau eines neben mir wohnenden Genossen, die ihrer Niedertracht entgegen, mußte ohne jede lästige Hilfe einbauen werden, da Gebarmen nicht vorhanden waren; erst auf verzweifeltes Bitten erhielt die Frau künftige Hilfe. Das Kind verstarb nach wenigen Tagen und nur ein kleiner Rest blieb. Ich ertrug auf dem Boot alle Leiden und Mühen, um schließlich zu landen, wo ich es meinen Arbeitern möglich, solche zu kaufen, da die Preise eine schreckliche Höhe erreicht haben. Es werden z. B. gefordert: für 1 Pfd. Butter 20-22 000 Rubel, 1 Pfd. Zucker 28 000 Rubel, 1 Pfd. Mehl 10 000 Rubel, 1 Pfd. Fleisch 6000 bis 15 000 Rubel, 1 Pfd. Brot 6000-10 000 Rubel, 1 Pfd. Eier 10 000 Rubel, 1 Pfd. Speck 10 000-16 000 Rubel, 1 Pfd. Zerkleinertes 3500 Rubel, 1 Paar Strümpfe 6000-7000 Rubel, eine Wäsche 70 000 Rubel, ein Send 70 000 Rubel. Ein Mann bester Qualität kostet 600 000 bis 1 Million Rubel, ein Paar lange Stiefel aus Vorkaltleder 650 000 bis 750 000 Rubel, ein Winter-Utensil 600 000-680 000 Rubel usw.

Wenn man in Rußland mit der Bahn fahren, muß man einen beschränkten Schein haben über Zweck und Ziel der Reise. Man muß jedoch tagelang warten, ehe man eine Fahrkarte erhält, da Hunderte von Leuten den Schalter belagern. Wer im Besitz einer Fahrkarte ist, muß sich betragen, wenn die auf der Fahrkarte geforderte Nummer fehlt. Verzögert er die Abfahrt der betreffenden Nummer, dann muß er eine neue Fahrkarte beantragen. Dann geht der Antrag nochmals durch alle Instanzen: Schiffsamt, Güteramt, euhre Kommissarien und Delegierten, fahren in Güterzügen. Jeder Wagen wird mit 50-60 Personen vollgepackt. Auf dem Bahnhof, aus dem Büffeln, steht unter den Wagen Tugend die Reisenden Untergrund, nur um mitzukommen.

Der Zusammenbruch Sowjetrußlands.

'Politik' veröffentlicht eine Petersburgische Meldung, wonach dort Gerüchte verbreitet seien, daß die Sowjetregierung gegenüber dem Menschewitzler Lager habe, daß sie die Lage in Rußland nicht gesondert sei. Sie sei bereit, mit allen Parteien das Sozialistische Programm zu bestimmen, und verlange, daß das eingeleitete System, worin die Bolschewiki nur schwach vertreten seien, die Macht übernehmen sollte.

'Politik' berichtet weiter aus Nizza: Amfisch wird mitgeteilt, die Cholera im Gouvernement Samara wieder furchtbar; allein in der Stadt Samara kommen täglich 400 neue Fälle vor. Eine ungeheure Anzahl fliehender Eltern hat ihre Kinder zurückgelassen. Im Gouvernement Samara gibt es bereits über 40 000 solcher verlassener Kinder. Die Polizei erklärte in einer Unterredung, daß das verbreitete Gerücht einer Mobilisierung Sowjetrußlands gegen Polen, Rumänien und Lettland eine frotz imperiositätliche Lüge sei, da die rote Armee zurzeit drei bis viermal schwächer ist als vor acht Monaten. Dagegen würden viele neue Offizierskassen errichtet, um die Schlagfertigkeit des Heeres zu verbessern.

Die amerikanische Hilfe.

Hoover erstellte dem in London weilenden Leiter des amerikanischen Hilfswerts für Europa den Auftrag, sich sofort nach Lga zu begeben, um mit den russischen Sowjetbehörden über die Einleitung eines amerikanischen Lebensmittelsverkehrs in Rußland zu verhandeln. Hoover teilt mit, daß die Lebensmittelverhandlungen über Danzig gehen; sie können im Einvernehmen mit Rußland sofort beginnen. Er schickt die Aufwendungen, die das amerikanische Hilfswert in Rußland erfordert, auf 1 1/2 bis 1 3/4 Milliarden monatlich. Die erste Lebensmittelverteilung werde wahrscheinlich nach Petersburg. Außer Lebensmittel werden auch Wagen gefordert.

Die Marokkollämpfe.

In Madrid dauert die Erregung wegen der Kämpfe in Marokko an. Da eine strenge militärische Zensur eingeführt ist, sind positive Nachrichten kaum zu erhalten. Indessen gewinnt man doch allmählich Klarheit über die Vorgänge bei Melilla. Zur Unterstützung der Operationen gegen Kalfai in dem Bergland bei Tetuan, die sehr erfolgreich waren, unternahm der kommandierende General von Melilla, Fernandez, die Söldner einen kleinen Vorstoß nach Westen, der bis etwa 150 Kilometer westlich Melilla führte. Seine Streitkräfte betragen 20 000 Mann. Am 2. Juli führten die Melillaner einen außerordentlich kräftigen Stoß aus. Die Katastrophe erfolgte dadurch, daß die Kolonnen des Generals Silvestre frontal angegriffen wurden und zu gleicher Zeit von Süden her ein Durchbruch in Richtung auf Melilla gelang, der die Unterteile fast bis zu den Wällen der Festung führte. Der Erfolg war, daß die ganzen 20 000 Mann des Generals Silvestre abgemittelt wurden. Zum Teil sind die Kolonnen aufgegeben — man spricht von 7000 Mann Gefangen — zum Teil wurden sie eingeschlossen und hatten sich heute noch in der Festung Melilla verhalten. Die Spanier haben große Schwierigkeiten, sich zu halten, und es sind heute mehr als 30 000 Mann in Melilla. Ob es gelingt, die eingeschlossenen Teile zu entlassen, läßt sich heute noch nicht übersehen. General Silvestre hat nach den letzten Nachrichten nicht Selbstmord begangen, sondern ist im Sumatral mit Offizieren seines Stabes dem feindlichen Generalmajor zum Opfer gefallen.

Spanische Truppen durch Flugzeuge verproviantiert.

Die Truppen des Generals Ranales, die bei Arruit von Kapfen eingeschlossen sind, wurden durch Flugzeuge verproviantiert, ebenso verproviantiert andere vorgeschobene Posten. General Ranales teilt mit, daß die Rebellen seine Stellungen mit 48 Schuß Artillerie aus etwa 2000 Meter Entfernung belegt und starke Artillerie an Mannschaften und Material verurteilt haben. Bei Rador und Beni Raga gar heftige Kämpfe. Das Hauptquartier der Aufständischen befindet sich in Uual. Die übrigen Truppen der Rebellen sind über das Land zerstreut und sollen ebenfalls eine Unterwerfung wünschen.

„Die Lehre von Löwen“.

Reinhold Poincaré, der von der Grandkreuzung für die neue Bibliothek in Lönne nach Paris zurückgekehrt ist, hat für den 'Matin' seine Eindrücke in einem Artikel 'Die Lehre von Löwen' zusammengefaßt. Poincaré ist der Meinung, daß die Mörder und Brandstifter ruhig in Deutschland spazieren gehen, mehrere von ihnen nähmen herortragende Stellungen in der Verwaltung oder der Reichswirtschaft ein. Er sei morgens zum Dienst ginen, läßen sie auf die Uhr, die sie in Belgien gekauft hätten (?). Abends traten sie sich auf die Gassen, die sie aus den geläuterten Städten mitgebracht hätten. Ja, sie sollten im Stillen, daß sie dieselben wegen einer Gelegenheit haben werden, in einem Winkel Volens ihr Mobilitar zu veranfertigen, wenn sie die oberflächliche Frage nach ihrem Gutdünken zu lösen verlasten. Poincaré schreibt: 'Der Sieg muß seinen ethischen Sinn und seine beste Lehre einbüßen, wenn solche Intentionen unbefruchtet bleiben.' Wir glauben nicht, daß diese Definition deswegen von allen Landesleuten Poincarés begünstigt wird. Wenn der Fall immer noch neuem auf diesem Wege geführt werden soll, dann kann die Welt nicht von dem Frieden kommen, den Europa nötig hat. Die tiefere Auffassung vom Siege hat auf jeden Fall der deutsche Dichter, wenn er sagt: 'Der Sieger göttlichstes ist das Vergeben!'

Deutsches Reich.

Nachdem der Wasserstand der Elbe in Dresden auf 232 Zentimeter unter Null gesunken ist, hat die sächsisch-böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft den gesamten Verkehr auf der Elbe eingestellt; lediglich zwischen Dresden und Schandau soll der Verkehr mit besonders fähigen Fahrzeugen verkehrsweise aufrecht erhalten werden.

Ausland.

Das Moskauer Blatt 'Sowjetika' meldet: Die Zahl der hungernden Bewohner in Ostpreußen, die auf Moskau marschieren, beläuft sich auf über 6 Millionen. Sie überflogen die Gouvernements Tambov, Penza, Woroneß und bewegen sich ohne Aufenthalt vorwärts. Am 20. Juli erreichten sie die Stadt Samow. Nachdem sie die ihnen entgegengeführten Truppen in die Luft geschlagen haben, plünderten sie alle Bezirke und lösteten sämtliche Wälder der Kanoniere, der Feuerwaffen und der Droßeln. Eine Untersuchung ergab, daß die Truppen, denen der Schutz der Stadt anvertraut war, sich weigerten, auf die Menge zu schießen.

Englische Propaganda. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses kam der aus Syrien verbreitete drakonische Nachridendienst des britischen Foreign Office zur Sprache. Kennworthy fragte, ob dieser Dienst nicht die Fortsetzung der Propagandabemühungen sei, die von der Regierung während des Krieges verfaßt worden seien, und ob es nicht an der Zeit sei, diesen Dienst einzustellen, da er eine reine Kriegsmaschine war. Harmsworth erwiderte, der Dienst werde fortgesetzt werden, solange das Unterhaus den dafür nötigen Kredit genehmigt.

Halle und Umgebung.

Halle, den 3. August 1921.

Hallsche Studentenfeste.

An der Sammlung zur Finanzierung der Not der Studierenden an der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg haben sich erfreulichweise viele Kreise beteiligt. Im Regierungsbezirk Merseburg zeigen insbesondere Industrie und Handel und auch der gewerbliche Mittelstand reiche Spenden für dieses Interesse an ihrem Stammland. An den landwirtschaftlichen Kreisen und allgemein in den Bezirken Magdeburg und Erfurt ist dagegen noch manche Werbearbeit zu leisten. Die Gesamthöhe der eingegangenen Gaben ist an sich zwar erfreulich, es sind aber andererseits große Mittel erforderlich, um die dringlichsten Anforderungen, die an die Studentenfeste betreffen, erfüllen zu können. Im laufenden Semester wurden namhafte Beträge für Beleuchtung und Büchereiführung, Unterhaltungen zur Durchführung des Studiums an bereits vorgeschrittenen Studierenden, Beiträge zu akademischen Sportwettkämpfen usw. verausgabt. Die größten Anforderungen sind jedoch zu erwarten, wenn durch den demnächstigen Fortfall der ausländischen Unterhaltungen die Spielungen in der Akademischen Speisestätte 'Lüpe' von der Studentenfeste allein bestritten werden müssen. Wenn deshalb durch diese Zeiten den Spendern für die geistlichen Beträge geboten wird, so werden auch fremden geistlichen Wissenschaft und Kultur, die bisher nicht genötigt haben, gleichzeitig nochmals herzlich gebeten, auch ihrerseits Spenden dem 'Hallschen Studentenfeste' beim Bankhaus F. F. Lehmann, Halle a. S., zuzumachen zu lassen. Das wird ihnen sicher nicht anerkannt werden, wenn sie auf Anordnung des Studentenfests und damit der gefürchteten deutschen Wissenschaft mit allen Kräften beizutragen.

Condergericht.

Der 20jährige Wegmann Walter Wiebach aus Klostermansfeld hat mit anderen Streitenden Arbeitsmittel, die am Dienstag vor Dieren noch wieder zur Grube Hörsingtal fuhren wollen, dadurch an der Weiterarbeit verhindern wollen, daß er verurteilt, sie aus dem auf Bahnhof Klostermansfeld haltenden Zuge der Eisenbahn herauszuholen, und daß er die Lokomotive einmal abstoppe. Am Condergericht hat er auf Anordnung des Ortsvorstehers 2 Stunden ohne Gehalt arbeiten müssen. Am Sonnabend ist er nach Wimmelburg gegangen und hat sich hier einem Zuge der Hallschen Bande angeschlossen, deren Fahrt er nach Wörlitz und Schraplau mitmachte. Bis er sich am Sonntag früh in Schraplau befindet, wurde er von Schraplau benannt festgenommen. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte

nach erheblicher Weile an den Ausfahrlängen befestigt hat, ist jedoch, vielfach beantragt, daß das Gericht ihm eine Strafe von 3 Jahren Gefängnis aufliebt.

Der Schlosser Wilhelm Fiedler aus Könnig, der in Remma gearbeitet hat, war Vorsteher der kommunikativen Partei und hat als solcher am 2. Oktober und 2. Dienstag Verhaftungen begangen. Am 2. Oktober wurde die Wirtin aus Heistermühle des landwirtschaftlichen Besessenen bestraft. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme ist die Anordnung dazu von fremden Beweisaufnahmen, die im Auto von Könnig angekommen waren. Der Angeklagte hat sich an seiner Verurteilung, auch nicht davon angelehrt, sondern davon abgesehen. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis.

Der Schlichter Schuhmacher Franz Hofmann aus Eperstedt hat zwei Gemehre eines Arbeiters an sich genommen und beim Amtsausschuss abgegeben. In der Urteilsverurteilung wurde angeführt, daß der Angeklagte sich durch die Ablieferung von Waffen an Funktionäre der Arbeiterbewegung, die er nicht kannte, auf 3 Jahre Gefängnis und 300 M. Geldstrafe verurteilt werden müsse. Die Gefängnisstrafe wurde auf 3 Jahre ausgesetzt.

Der Maurer Franz aus Merseburg, der Malet Kettmann aus Ammenort und der Arbeiter Franz aus Eperstedt bei Hannover, die sich in Remma hatten, wurden auf 3 Jahre Gefängnis verurteilt, weil sie sich an der Verurteilung beteiligt haben. Der Angeklagte wurde durch die Verurteilung von Strafaussetzung befreit werden kann. Freizeitsproben wurde der Arbeiter Kettmann von hier, da er sich früher Kompagnie angeschlossen, sondern Staatsarbeiten verurteilt hat.

Der Gleichsetzener Turnverein, Jährlinge Turnverein, Turnverein 'Jahn' Trotha und der Turnverein Könnig und Umgebung nahmen am vergangenen Sonntagabend am dem 60. Stiftungsfest des Männer-Turnvereins in Könnig teil. Die halbesche Turnerschaft wurde durch ihren Präsidenten, Herrn Geiger, vertreten. Der Gleichsetzener Turnverein schickte den Begrüßungsabend durch seine Mitglieder am Red. Barren und Werd in herrodergend Weise aus. Die übrigen Turnvereine beteiligten sich am Wettkommen. Es erhielten folgende Turner Freigewinn vom Jahnischen T.V. mit 114 P. den 5. Kranz, Gernot Kampfer von demselben Verein den 4. Kranz mit 105 P. Turnverein 'Jahn' Trotha konnte seine Mitglieder Alfred Bernau mit 88 P. und Walter Eise mit 28 P. im Dreikampf und ferner die eben Genannten in der zweiten Stufe mit 143 P. und 131 P. als Sieger begrüssen. Auch der dritte Turnverein Könnig und Umgebung begrüßte seine Mitglieder durch Freigewinn mit 58 P. in der ersten Stufe, Günther Jahn mit 52 P. und 118 P. in der zweiten Stufe, Ernst Born mit 120 P. und Fritz Winer mit 114 P. ferner Arthur Wain mit 118 P. als Sieger. Die Kampfrichter an den Geräten waren durchweg vom Gleichsetzener Turnverein, an den vollstimmigen Übungen zum Teil vom Jahnischen Turnverein gestellt.

Einleitung des Verfahrens gegen Landrat A. Kasperel. Wie bekannt, war Landrat A. Kasperel im Mai d. J. unter der Aufsicht der Staatsanwaltschaft in der Angelegenheit des Landrats als Landrat in Sanghausen zurückgetreten. Er hatte während der Putschzeit mit dem vor einiger Zeit zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilten Kommunisten Staatsrat Franke über den Schutz der Stadt Sangerhausen verhandelt. Hierin erbot sich der Nordhäuser Staatsanwalt eine hoheitsermächtigte Handlung und ist Kasperel verurteilt worden. Gegen Kasperel einer Kautions von 5000 M. erfolgte jedoch schon nach zwei Tagen die Freilassung. Diese Kautions ist nun vor kurzem zurückgekauft worden und jetzt hat der Staatsanwalt die Einstellung des Verfahrens überhaupt verfügt.

Vorbereitende Betriebsänderung beim Elektrizitätswerk. Nachdem infolge einer Betriebsänderung im Elektrizitätswerk die Stadt ein Stück eines Stunden und der Straßenbahnverkehr gleichmäßig anmöglich war, sammte in der letzten Abendrunde die elektrische Beleuchtung unter einem allgemeinen Abbruch und die Straßenbahnen setzen sich einfinden in Bewegung. Inzwischen war langweilig das finstere Gerücht durch die Straßen geschickt, es handelte sich um einen Elektrizitätswerk, freit infolge der angeführten Ereignisse des 12. 200.

Familien-Nachrichten.

Gestoren: Herrn W. G. Dürr und Frau Stefanie geb. Trotsch (63). Verlobte: cand. med. Hildegard Menckel — Dr. phil. Georg Andorjan, Halle. Gertrud Heberling, Halle — cand. d. Theol. Johannes Schmitz, Kesthal. Gestorben: Wilhelm Bündel (80 J.), Halle. Arthur Ruffe Schwarm, Halle. Baumgenieur Hermann Knödel, Halle. Karl Damm, Nietleben.

Provinzial-Nachrichten.

Deßau, 2. August. (Münzuntererschlagung.) Die Gattin des nach seiner Beerdigung wegen Münzuntererschlagung freigesprochen am dem Leben gefeierten Sanitätsrat Dr. Johannes Mann hat sich ebenfalls verurteilt.

X. Gera, 2. August. (Wettbewerbe.) Die Stadt hatte zur Erlangung künstlerischer Notwendigkeiten unter den Schüler der Kunstler einen Wettbewerb veranstaltet, der einen sehr guten Erfolg hatte. Es gelangten 3 Preise von 2000, 1500 u. 1000 Mark zur Verteilung. Ferner wurden 3 Antäufte in Höhe von je 500 Mark vorgenommen. Den 1. Preis erhielt Carl Schneider Erfurt, den 2. Preis Carl u. Willy Müller Gera, den 3. Preis Fritz Jäitz, Leipzig (geb. zu Gera). Angekauft wurden die Arbeiten von Joh. Köhler, Sangerberg-W., Willy Müller, Gera und Rudolf Schmalz, Wittenberg (geb. zu Gera). Die aus 4 Einzelwerten bestehende Serie, die bei den hergebrachten Wettbewerben abgewichtet, wird infolge ihres originellen Charakteres in Sammelkreisen vorausichtlich sehr begehrt werden.

— Querfurt, 3. August. (Gegen die Diebstehende) aus dem 'Gelsen Baue', bestehend aus den drei Hufen Paul Wischak, Anton Schwesinski und Anton Lipsinski, fand der Schwefelsteiger statt. Den Tätern liefen eine Anzahl fahrender Diebstahle in diesen Gebieten zur Hand. Die geänderten Angeklagten wurden verurteilt, insoweit zu 1 1/2 Jahr, Schwefelstein zu 3 Jahren Gefängnis.

— Wittenberg, 3. August. (Die letzte Stadterneuerungvermittlung) beschloß eine Erhöhung der Höhe der Mietzinssteuern um 40 Prozent der Friedensmiete. Die Stadt stellt alle Wohnbauarbeiten ein, da die anstrengten Kaufverhältnisse vom Landrat abgelehnt sind.

— Schönerberg, 2. August. (Verderblich.) Einen großen Tod hat Schönerberg durch die Wucherer W. Jahn zu erleiden. Das Kind fiel während kurzer Abwesenheit der Eltern in einen größeren Tod mit folgenden Wessern. An den erkrankten Verlebten stand es innerhalb drei Tagen.

— Wernberg, 3. August. (Todesurteil.) In der Montagmorgen ereignete sich hier ein bedauerlicher Unfallfall. Der Bauer K. A. Mann aus Wittenberg brachte zu unglücklich von einem Kolben ab, daß er beim Abfahren der Wägen W. Jahn von einem roten Kolbenmann die Wirtin bestraft wurde und der Tod eintrat. Der Verurteilte hinterließ eine Frau und fünf uneheliche Kinder.

— Merseburg, 2. August. (Opfer bei Gera.) Der hier beschlagnahmte Oberlehrer, Maurer Kretschmer, wurde am Sonntag in der Eisenbahnstation Babensleben, Tod des ausbrüchlichen Landrats des Bodenmüllers Schwamm er in die freie Saale übersand; er wurde nicht zurück. Der Leichnam konnte noch nicht gefunden werden.

